



Landtagswahl in Hessen

# Landtagswahl in Hessen

am 22. September 2013

Wahlanalyse

Endgültiges Wahlergebnis

Sabine Pokorny

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Sabine Pokorny  
Kordinatorin Empirische Sozialforschung  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstr. 23  
10785 Berlin  
030 26996 3544  
sabine.pokorny@kas.de

Dr. Michael Borchard  
Hauptabteilungsleiter  
Politik und Beratung  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstr. 23  
10785 Berlin  
030 26996 3550  
michael.borchard@kas.de

# Die Landtagswahl in Hessen<sup>1</sup>

## 1. Das Wahlergebnis in Hessen

Zwischenzeitlich schien die Stimmung in Hessen relativ klar zu sein. SPD und Grüne lagen 2012 in den Umfragen deutlich vor CDU und FDP. Doch in den Monaten vor der Landtagswahl konnte die schwarz-gelbe Koalition in den Umfragen aufholen, so dass sich ein knappes Ergebnis abzeichnete. Bis zuletzt blieb unklar, ob FDP und Linke den Sprung in den Landtag schaffen würden.

Die **CDU** ist mit 38,3 Prozent stärkste Kraft im hessischen Landtag geworden. Damit kann sie gegenüber 2009 um 1,1 Punkte zulegen. Absolut gewinnt die CDU 235.870 Zweitstimmen hinzu. Bei den Erststimmen kann sich die CDU um 0,7 Punkte auf 42,7 Prozent verbessern. Die CDU ist mit 47 Abgeordneten im Landtag vertreten, das ist ein Zuwachs von einem Mandat. Sie gewinnt 41 Wahlkreise direkt. Ministerpräsident Volker Bouffier kann seinen Wahlkreis, in dem auch sein Herausforderer Thorsten Schäfer-Gümbel antrat, mit 46,9 Prozent direkt gewinnen (Schäfer-Gümbel 39,3 Prozent). Die CDU verliert im Vergleich zu 2009 5 Wahlkreise bei den Direktmandaten.

Die **SPD** kann sich nach 2009 um 7 Punkte auf 30,7 Prozent der Zweitstimmen verbessern. Damit kann sich die Hessen-SPD deutlicher erholen als die Bundes-SPD. In absoluten Zahlen handelt es sich um ein Zuwachs von 347.248 Zweitstimmen. Bei den Erststimmen erzielt die SPD 35,1 Prozent, das ist ein Plus von 5,4 Punkten. Die SPD wird mit 37 Abgeordneten im hessischen Landtag vertreten sein und gewinnt damit 8 Mandate hinzu. Sie gewinnt 5 Wahlkreise mehr als 2009 und kommt auf 14 Direktmandate.

Die **FDP** schafft mit 5 Prozent knapp den Einzug in den Landtag. Im Vergleich zu 2009 verliert sie 11,2 Prozentpunkte. Das ist ein Minus von 262.975 Zweitstimmen. Bei den Erststimmen verliert die FDP 8,8 Punkte und kommt nur auf 3 Prozent. Die FDP kann 6 Abgeordnete in den Landtag entsenden. Damit verliert sie 14 Mandate.

---

<sup>1</sup> Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellten.

Die **Grünen** verlieren 2,6 Punkte im Vergleich zur letzten Wahl und erzielen 11,1 Prozent der Zweitstimmen. Absolut verlieren sie 7.379 Stimmen. Die Grünen können 9,3 Prozent der Erststimmen auf sich verbuchen, das ist ein Minus von 1,3 Punkten. Sie sitzen mit 14 Abgeordneten im Landtag und verlieren 3 Mandate.

Die **Linke** schafft genauso wie die FDP knapp den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde und erzielt 5,2 Prozent der Stimmen. Mit 0,2 Punkten fällt ihr Verlust zur Vorwahl eher gering aus. Durch die gestiegene Wahlbeteiligung kann die Linke trotz prozentualen Verlusten absolut 22.414 Zweitstimmen hinzugewinnen. Bei den Erststimmen kann sich die Linke um 0,6 Punkte auf 5,2 Prozent verbessern. Sie kann 6 Abgeordnete in den Landtag entsenden.

Alle **anderen Parteien** schaffen den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde nicht. Am besten schneidet die Alternative für Deutschland (AfD) mit 4,1 Prozent ab. Die Piraten verfehlen mit 1,9 Prozent nach Niedersachsen und Bayern erneut deutlich den Einzug in einen Landtag.

Die **Wahlbeteiligung** ist um 12,2 Punkte auf 73,2 Prozent gestiegen. Damit liegt die Wahlbeteiligung in Hessen leicht über der bundesweiten Wahlbeteiligung der zeitgleich stattfindenden Bundestagswahl (71,5 Prozent).

## **2. Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Hessen**

Insgesamt fand die Landtagswahl in Hessen unter besonderen Bedingungen statt, da die Hessen am 22. September nicht nur den Landtag wählten, sondern ebenfalls den Bundestag. Einige Parteien hofften dadurch auf eine Art „Huckepackeffekt“<sup>2</sup>. Der gemeinsame Wahltermin von Landtags- und Bundestagswahl schlägt sich auch in der Bedeutung von Landes- und Bundespolitik für die Wahlentscheidung bei der Landtagswahl nieder. 57 Prozent der Befragten gaben an, die Landespolitik sei wahlentscheidend. Das sind 8 Prozentpunkte weniger als bei der letzten Landtagswahl in Hessen 2009. Dagegen spielte für 40 Prozent die Bundespolitik die

---

<sup>2</sup> „Prinzip Huckepack“, Süddeutsche Zeitung vom 9. September 2013.

größere Rolle. Das ist ein Plus von 12 Punkten im Vergleich zu 2009 (Forschungsgruppe Wahlen – Blitz).

Viele Wähler entschieden sich erst kurz vor der Wahl für eine Partei. 15 Prozent der Wähler haben sich erst am Wahltag entschieden, 17 Prozent in den letzten Tagen vor der Wahl. Dieser Anteil war mit je 24 Prozent bei den Wählern der Linken und der AfD besonders hoch. Die Wähler der CDU haben sich dagegen mit 39 Prozent überdurchschnittlich häufig bereits vor längerer Zeit festgelegt (Infratest dimap).

Die Aufholjagd von CDU und FDP zeigt sich in der Zufriedenheit mit der Landesregierung. Bei der Landtagswahl 2009 waren noch 59 Prozent der Befragten weniger oder gar nicht zufrieden mit der hessischen Landesregierung. Nur 39 Prozent gaben damals an, sehr zufrieden oder zufrieden zu sein. Im Januar 2012 sank dieser Wert sogar noch auf 33 Prozent. Bis August 2013 konnte die Koalition jedoch deutlich aufholen. Etwa einen Monat vor der Wahl stieg die Zufriedenheit mit der Landesregierung auf 51 Prozent (HessenTREND).

Besonders punkten konnte die Regierung dabei in den Feldern Wirtschaftspolitik (57 Prozent Zufriedene), Bekämpfung der Kriminalität (53 Prozent) sowie Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen (50 Prozent). Damit war die Zufriedenheit der Hessen vor allem in den Kernkompetenzen der Union ausgeprägt. Das zeigt sich auch bei der Zufriedenheit mit der CDU. 46 Prozent waren mit der CDU sehr zufrieden oder zufrieden. Mit der FDP waren dagegen nur 20 Prozent der Hessen zufrieden.

Bei den Oppositionsparteien konnten vor allem die Grünen punkten. 48 Prozent waren mit ihnen sehr zufrieden oder zufrieden. Die SPD kam auf 42 Prozent Zufriedene, während nur 12 Prozent mit der Linken zufrieden waren (HessenTREND, August 2013).

Auf einer Skala von +5 bis -5 wurde die CDU in der Regierung mit 0,9 positiv bewertet, während die FDP mit -0,7 wesentlich schlechter abschnitt. Bei den Oppositionsparteien schnitt die SPD mit 0,9 am besten ab. Die Grünen wurden im Schnitt mit 0,5 bewertet, während die Linke nur eine Bewertung von -1,5 erreichte

und damit von allen Parteien am schlechtesten bewertet wurde (Forschungsgruppe Wahlen – Blitz).

Bei den Kandidaten konnte Thorsten Schäfer-Gümbel seit Dezember 2011 an Unterstützung hinzugewinnen. Damals hätten bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten 38 Prozent für Volker Bouffier votiert. 30 Prozent hätten sich für Schäfer-Gümbel entschieden. Vor der Wahl im September 2013 bevorzugten erneut 38 Prozent den Amtsinhaber, aber 36 Prozent seinen Herausforderer. Damit ist Bouffiers Vorsprung kurz vor der Landtagswahl deutlich abgeschmolzen. Unter den Anhängern der CDU lag Volker Bouffier mit 78 Prozent weit vorn, während analog dazu die SPD-Anhänger zu 78 Prozent Thorsten Schäfer-Gümbel als Ministerpräsidenten präferierten (HessenTREND, September 2013). In der Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen sah es ähnlich aus. Bouffier wurde von 44 Prozent der Befragten als Ministerpräsident gewünscht, Schäfer-Gümbel von 43 Prozent. Bei der Frage nach dem gewünschten Ministerpräsidenten unter den Parteianhängern trennten sich die beiden Lager deutlich voneinander. 88 Prozent der CDU-Anhänger bevorzugten den amtierenden Ministerpräsidenten. Ebenso sprachen sich 77 Prozent der FDP-Anhänger für ihn als Ministerpräsidenten aus. Interessanterweise plädierten auch 64 Prozent der AfD-Anhänger für Bouffier als Ministerpräsidenten.

Umgekehrt wünschten 85 Prozent der SPD-Anhänger und 79 Prozent der Anhänger der Grünen, dass Thorsten Schäfer-Gümbel Ministerpräsident wird. Bei den Anhängern der Linken lag mit 65 Prozent ebenfalls Schäfer-Gümbel vorn. Insgesamt fanden 59 Prozent der Wähler, Volker Bouffier mache seine Sache eher gut (Forschungsgruppe Wahlen – Blitz).

Insgesamt wurde Bouffier auf einer Skala von +5 bis -5 mit 0,8 bewertet. Unter den CDU-Anhängern wurde der hessische Ministerpräsident mit 2,9 deutlich besser bewertet. Sein Herausforderer Schäfer-Gümbel schnitt mit einem Wert von 1,1 leicht besser ab, konnte unter den eigenen Anhängern aber nur einen Wert von 2,5 erzielen (Forschungsgruppe Wahlen – Blitz).

Tarek Al-Wazir von den Grünen konnte im Vorfeld der Wahl einen Sympathiewert von 0,8 erzielen. Der Spitzenkandidat der FDP, Jörg-Uwe Hahn, kam vor der Landtagswahl nur auf einen Wert von -0,4 (Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer-Extra Hessen, KW 37/2013).

Bei der Politikerzufriedenheit lag der Amtsinhaber mit 49 Prozent vorn. Überraschenderweise folgte dicht darauf nicht sein Herausforderer von der SPD, sondern mit 45 Prozent Tarek Al-Wazir. Erst auf Platz drei kam Thorsten Schäfer-Gümbel. Mit ihm waren 43 Prozent zufrieden. Jörg-Uwe Hahn lag mit 25 Prozent vor der mit 8 Prozent abgeschlagenen Janine Wissler von der Linken (HessenTREND, August 2013).

Im direkten Vergleich der beiden Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten attestierten die Wähler Volker Bouffier vor der Wahl die stärkere Führungspersönlichkeit (53 : 16 Prozent). Zudem fanden die Wähler, er verstehe mehr von der Wirtschaft (46 : 14 Prozent), gebe in der Öffentlichkeit eine bessere Figur ab (41 : 30 Prozent), setze sich eher für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ein (31 : 26 Prozent; HessenTREND, August 2013) und habe mehr Sachverstand (29 : 12 Prozent; Forschungsgruppe Wahlen – Blitz).

Etwas sympathischer wirkte vor der Wahl hingegen der SPD-Kandidat (40 : 31 Prozent; HessenTREND, August 2013). Dieser Vorsprung ist bis zum Wahltag aber deutlich abgeschmolzen. Am Tag der Landtagswahl fanden nur noch 30 Prozent der Wähler Thorsten Schäfer-Gümbel sympathischer als Volker Bouffier (27 Prozent; Forschungsgruppe Wahlen – Blitz). Zudem fanden die Hessen, Thorsten Schäfer-Gümbel setze sich stärker für soziale Gerechtigkeit ein (50 : 16 Prozent). Außerdem hielten die Wähler Thorsten Schäfer-Gümbel mit 36 Prozent für etwas glaubwürdiger als Volker Bouffier mit 25 Prozent (HessenTREND, August 2013). Je nach Abfragemodus meinten die Wähler, der Herausforderer sei besser mit den Problemen der Bürger vertraut (34 : 27 Prozent; HessenTREND, August 2013) oder aber es gebe keinen Unterschied bei der Bürgernähe zwischen den beiden Kandidaten (39 Prozent; Forschungsgruppe Wahlen – Blitz).

Bei den Wahlmotiven lagen die Sachfragen mit 56 Prozent vorn. 20 Prozent gaben an, der Kandidat sei für die Wahlentscheidung am wichtigsten gewesen. 21 Prozent nannten eine Bindung an die Partei als Wahlmotiv. Damit spielten die Sachfragen für die Mehrheit der Wähler die entscheidende Rolle. Bei den Wählern der Grünen (72 Prozent), der Linken (79 Prozent) und der AfD (84 Prozent) war das Wahlmotiv Sachfragen besonders stark ausgeprägt (Infratest dimap).

In den Umfragen vor der Wahl lagen beide Lager gleich auf. Gefragt nach der gewünschten Koalition gaben aber am Wahltag 45 Prozent der Wähler an, eine rot-grüne Koalition zu bevorzugen. Für eine Große Koalition sprachen sich 40 Prozent aus. Einen Fortbestand der schwarz-gelben Koalition wünschten sich 38 Prozent der Wähler. Am wenigsten beliebt waren eine Koalition aus CDU und Grünen (25 Prozent) sowie eine rot-rot-grüne Koalition (22 Prozent; Forschungsgruppe Wahlen – Blitz). Eine Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP befürworteten nur 15 Prozent (HessenTREND, September 2013).

Dennoch war eine Wechselstimmung im Vorfeld der Landtagswahl nur bedingt auszumachen. Zwar wünschten im August noch 51 Prozent, dass die nächste Regierung von der SPD geführt wird. Im September fiel dieser Wert jedoch auf nur noch 39 Prozent. 43 Prozent wünschten sich dagegen eine CDU-geführte Regierung. Gleichzeitig fanden aber 51 Prozent der Hessen, es sei Zeit für einen Regierungswechsel (HessenTREND, September 2013). Dies war zwar die Mehrheit, besonders ausgeprägt war die Wechselstimmung vor der Wahl jedoch nicht. Zumal nur 30 Prozent der Meinung waren, eine SPD-geführte Regierung könne die Probleme besser lösen. 46 Prozent meinten dagegen, sie wäre dazu nicht in der Lage (HessenTREND, August 2013). In Anbetracht der schon erwähnten Parteibewertungen ist nicht auszuschließen, dass sich die Wechselstimmung vor allem auf die FDP in der Regierung bezog, nicht jedoch auf die CDU.

Die Kompetenzprofile der beiden Volksparteien in Hessen entsprachen vor der Wahl größtenteils ihren jeweiligen Kernkompetenzen. Die CDU wurde als besonders kompetent wahrgenommen, die Wirtschaft in Hessen voranzubringen (50 Prozent), Kriminalität und Verbrechen in Hessen zu bekämpfen (46 Prozent), eine gute

Haushalts- und Finanzpolitik zu betreiben (42 Prozent), Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen (42 Prozent) und gute Verkehrspolitik zu betreiben (37 Prozent).

Die SPD lag dafür vorn in den Bereichen bezahlbarer Wohnraum (46 Prozent), soziale Gerechtigkeit (42 Prozent) und Schul- und Bildungspolitik (35 Prozent; HessenTREND, August 2013). Am Wahltag lagen die beiden Volksparteien im Bereich Schule/Bildung allerdings gleich auf (je 32 Prozent; Forschungsgruppe Wahlen – Blitz).

Die Grünen punkteten bei der Umwelt- und Klimapolitik (57 Prozent) und bei der Energiepolitik (40 Prozent). FDP und Linke haben es in den letzten 5 Jahren dagegen nicht geschafft, sich ein ausgeprägtes Kompetenzprofil zu erarbeiten (HessenTREND, August 2013).

Am Tag der Wahl sah es ähnlich aus. Die CDU lag bei der Problemlösungskompetenz in den Bereichen Arbeitsplätze (43 Prozent), Verkehr (35 Prozent) und Wirtschaft (45 Prozent) vorne. Besonders die Kompetenz im Bereich „Zukunft“ spielt für die Wähler traditionell eine große Rolle, da sie den Parteien bei Wahlen einen Vertrauensvorschuss für ihre zukünftige Arbeit geben. Hier wurde ebenfalls die CDU mit 39 Prozent als kompetenter wahrgenommen.

Die SPD punktete am Wahltag in den Bereichen Familie (36 Prozent) und soziale Gerechtigkeit (42 Prozent), während die Grünen bei der Energie vorn lagen (39 Prozent; Forschungsgruppe Wahlen – Blitz).

Bei den wichtigsten Problemen in Hessen lag der Komplex Schule/Bildung mit 37 Prozent vorn. 16 Prozent nannten Arbeitsplätze als wichtigstes Problem. An dritter Stelle mit 14 Prozent der Nennungen folgte Familie/Kinder. Verkehr nannten 12 Prozent als wichtigstes Problem. 9 Prozent nannten Löhne/Kosten (Forschungsgruppe Wahlen – Blitz).

In Anbetracht der hohen Kompetenzwerte für die SPD im Bereich Bildung und der Bedeutung dieses Themenbereichs für die hessischen Wähler ist es erstaunlich, dass die SPD nicht stärker davon profitieren konnte. Die Wahltagsbefragung der



Forschungsgruppe Wahlen zeigt eine Angleichung der beiden Volksparteien bei der wahrgenommenen Kompetenz im Bildungsbereich am Wahltag. Hier konnte die CDU aufholen.

Die wirtschaftliche Lage in Hessen bewerteten 50 Prozent mit gut. Das sind deutlich mehr als noch 2009, als nur 19 Prozent der Hessen die allgemeine wirtschaftliche Lage für gut befanden. Zudem meinten 64 Prozent der Hessen, die wirtschaftliche Lage sei im Vergleich zu anderen westdeutschen Bundesländern besser. 72 Prozent glaubten, Hessen sei eher gut auf die Zukunft vorbereitet (Forschungsgruppe Wahlen – Blitz). Die eigene wirtschaftliche Lage schätzten 74 Prozent der Hessen als gut oder sehr gut ein (HessenTREND, August 2013).

Die Euro-Krise spielte für die Mehrheit der Wähler keine Rolle bei ihrer Wahlentscheidung. Nur 25 Prozent gaben an, das Thema Euro-Krise sei für ihre Entscheidung sehr wichtig gewesen. Aus dem Rahmen fallen die Anhänger der AfD, die zu 68 Prozent angaben, dass ihnen die Euro-Krise sehr wichtig sei (Forschungsgruppe Wahlen – Blitz).

Vor der Wahl glaubten nur 15 Prozent der Befragten, die AfD könnte es in den Landtag schaffen. 78 Prozent glaubten hingegen nicht daran (Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer-Extra Hessen, KW 37/2013). Am Wahltag war die Mehrheit der Wähler der Auffassung, die AfD würde aus Unzufriedenheit mit den anderen Parteien gewählt (76 Prozent). Die Wähler der AfD selbst gaben hingegen zu 52 Prozent an, die Partei wegen ihrer politischen Inhalte gewählt zu haben. 48 Prozent gaben Unzufriedenheit mit den anderen Parteien als Wahlmotiv an. Die Wähler der AfD setzen sich folglich aus einer Mischung aus Protestwählern und inhaltlichen Wählern zusammen. Insgesamt fanden es 23 Prozent der Wähler gut, wenn die AfD im Landtag vertreten wäre. 36 Prozent fanden es schlecht, 31 Prozent war es egal. In der Landesregierung wollten die AfD nur 18 Prozent sehen. 44 Prozent fanden es schlecht, wenn die Partei in der Landesregierung wäre (Forschungsgruppe Wahlen – Blitz).

Das schlechte Wahlergebnis der FDP liegt vermutlich unter anderem an einem völlig anderen Wähleraustausch zwischen FDP und CDU als beispielsweise in

Niedersachsen. In Niedersachsen sind 104.000 Wähler von der CDU zur FDP gewandert und sicherten den Liberalen damit ein gutes Abschneiden. In Hessen sind dagegen 75.000 Wähler von der FDP zur CDU gewandert, so dass die FDP deutliche Verluste hinnehmen musste. Dennoch scheinen sich einige potentielle CDU-Wähler für die FDP entschieden zu haben, um den Liberalen den Einzug in den Landtag zu ermöglichen. Auf die Frage, welche Partei ihnen am besten gefällt, antworteten in Hessen 50 Prozent der FDP-Wähler mit CDU (Forschungsgruppe Wahlen – Blitz). Zudem gaben 32 Prozent der FDP-Wähler an, die Partei aus taktischen Gründen gewählt zu haben (Infratest dimap). Damit lag der Anteil an taktischen Wählern bei der FDP deutlich höher als bei jeder anderen Partei. Dennoch hat es anders als in Niedersachsen nur ganz knapp für den Einzug in den hessischen Landtag gereicht.

Der schon erwähnte „Huckepackeffekt“ war vermutlich für die CDU größer als für die SPD. 70 Prozent der Wähler und 84 Prozent der CDU-Anhänger waren der Meinung, Angela Merkel sei für die CDU hilfreich. Dagegen glaubten nur 25 Prozent der Wähler und 37 Prozent der SPD-Anhänger, dass Peer Steinbrück für die SPD hilfreich sei (Forschungsgruppe Wahlen – Blitz).

Während der letzten Legislaturperiode spielten in Hessen die Themen Energiewende, Frankfurter Flughafen und Bildungspolitik eine große Rolle. Die Hessen standen im Dezember 2012 hinter der Energiewende. 79 Prozent meinten, die Umstellung auf erneuerbare Energien sei bis 2050 machbar, und nur 27 Prozent fürchteten, dass die Energiewende Arbeitsplätze kosten könnte. 69 Prozent befürchteten dagegen keinen Verlust von Arbeitsplätzen. Dennoch hielten 84 Prozent die Kosten der Energiewende für nicht gerecht verteilt zwischen Energieerzeugern, Wirtschaft und privaten Verbrauchern (HessenTREND, Dezember 2012).

Die Meinungen zum Frankfurter Flughafen waren 2012 nicht ganz einheitlich und zeigten am ehesten den Versuch eines Ausgleichs zwischen wirtschaftlichen Standortinteressen und den Interessen der Anwohner. 65 Prozent meinten, es sollte ein absolutes Nachtflugverbot zwischen 23 und 5 Uhr geben, auch wenn das mit Einbußen verbunden wäre. 31 Prozent stimmten dieser Aussage nicht zu. 54 Prozent wollten keinen weiteren Ausbau des Flughafens. Dass die Wettbewerbsfähigkeit Vorrang vor den Interessen der Anwohner haben sollte, fanden nur 38 Prozent.

Gleichzeitig plädierten aber auch nur 17 Prozent für eine Schließung der neuen Nordwestlandebahn (HessenTREND, Januar 2012).

Auch in der Bildungspolitik gab es im Laufe der Legislaturperiode kein eindeutiges Meinungsbild. 43 Prozent fanden, alle Kinder sollten möglichst lange gemeinsam unterrichtet werden. 54 Prozent sprachen sich für eine frühzeitige leistungsgerechte Trennung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium aus. Dabei plädierten besonders viele Anhänger der Linken (61 Prozent) und der Grünen (56 Prozent) für einen längeren gemeinsamen Unterricht. Die wenigsten Befürworter für eine späte Trennung fanden sich hingegen unter den CDU-Anhängern (35 Prozent). Neben der Frage des gemeinsamen Unterrichts wurde in Hessen viel über das Abitur nach 8 Jahren Gymnasium oder nach 9 Jahren diskutiert. Nur 8 Prozent sprachen sich für ein einheitliches Abitur nach 8 Jahren aus. 50 Prozent wünschten ein einheitliches Abitur nach 9 Jahren. 39 Prozent wollten, dass frei zwischen einem Abitur nach 8 und nach 9 Jahren gewählt werden kann (HessenTREND, Dezember 2012).

### **3. Wählerwanderungsbilanz und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Hessen<sup>3</sup>**

Die **CDU** in Hessen hat ihren größten Zuwachs aus dem Nichtwählerlager erhalten. 169.000 ehemalige Nichtwähler haben diesmal ihr Kreuz bei der CDU gemacht. Sie liegt damit durchaus auch im Bundestrend, wo die CDU nach den Wechselwählern von der FDP bei den Nichtwählern am deutlichsten mobilisieren konnte. Zusätzlich gewinnt die CDU 75.000 Stimmen von der FDP. Auch von den Grünen kann die CDU 5.000 Stimmen abziehen. Dafür verliert sie 29.000 Stimmen an die SPD, 15.000 Stimmen an die AfD, 6.000 Stimmen an die sonstigen Parteien und 3.000 Stimmen an die Linke.

Die **SPD** erzielt ebenfalls den größten Zustrom aus dem Lager der Nichtwähler. Sie kann 167.000 frühere Wahlabsinente für sich gewinnen. Die SPD bekommt in etwa gleichem Maße Stimmen von der FDP (+48.000) und den Grünen (+47.000). In

---

<sup>3</sup> Wählerwanderungsbilanz: Infratest dimap Wahlanalyse. Sozialstruktur: Forschungsgruppe Wahlen; Infratest dimap.

etwas geringerem Ausmaß kann die SPD ehemalige Wähler von CDU (+29.000) und Linken (+18.000) für sich begeistern. Einzig an die AfD (-7.000) und an die sonstigen Parteien (-4.000) gibt die SPD Stimmen ab.

Die **FDP** verliert an alle Parteien. Die größten Verluste verzeichnet die FDP gegenüber der CDU (-75.000), gefolgt von der SPD (-48.000). An die sonstigen Parteien verliert sie 21.000 Stimmen, an die AfD 20.000, an die Grünen 17.000 und 13.000 an die Linke. Die FDP ist die einzige Partei, die auch Stimmen an das Nichtwählerlager verliert (-9.000).

Die **Grünen** können ähnlich wie die beiden Volksparteien – wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau – aus dem Nichtwählerlager Stimmen hinzugewinnen (+32.000). Zudem bekommen sie 17.000 Stimmen von der FDP. Dafür verlieren die Grünen 47.000 Stimmen an die SPD. Zusätzlich verlieren sie an die Linke (-10.000), die AfD (-10.000), die CDU (-5.000) und die sonstigen Parteien (-3.000).

Die **Linke** gewinnt ebenfalls von den ehemaligen Nichtwählern hinzu (+23.000). Etwas weniger Stimmen bekommt die Linke von der FDP (+13.000) und den Grünen (+10.000). Am geringsten ist der Zuwachs, den die Linke von der CDU erzielen kann (+3.000). Den größten Verlust verzeichnet die Linke gegenüber der SPD, an die sie 18.000 Stimmen abgibt. Darüber hinaus verliert sie 8.000 Stimmen an die AfD und 1.000 Stimmen an die sonstigen Parteien.

Die **Alternative für Deutschland** kann von allen Parteien Stimmen abziehen. Den höchsten Zustrom verzeichnet sie allerdings aus dem Nichtwählerlager. 31.000 ehemalige Nichtwähler stimmen nun für die AfD. Von der FDP und den sonstigen Parteien kann sie jeweils 20.000 Stimmen gewinnen. 15.000 Stimmen erhält sie von der CDU, 10.000 von den Grünen, 8.000 von der Linken und 7.000 von der SPD. Damit kann nicht die Rede davon sein, dass die AfD nur im bürgerlichen Lager Wähler mobilisiert.

Die **sonstigen Parteien**, hierunter auch die Piraten, können 30.000 ehemalige Nichtwähler mobilisieren. Von der FDP gewinnen sie 21.000 Stimmen hinzu. Des Weiteren gewinnen sie von der CDU (+6.000), der SPD (+4.000), den Grünen

(+3.000) und marginal von der Linken (+1.000). Einzig an die AfD verlieren die sonstigen Parteien 20.000 Stimmen.

Bei der Untersuchung des Wahlverhaltens nach **Sozialstruktur** zeigen sich überwiegend die bekannten Muster<sup>4</sup>. Die CDU schneidet bei den jüngeren Wählern unterdurchschnittlich ab. Dennoch ist sie auch in den unteren Altersgruppen stärkste Partei. Bei den über 60-Jährigen erzielt die CDU dagegen deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse. Zusätzlich erzielt die CDU überdurchschnittlich viele Stimmen bei den Wählern mit niedrigen Bildungsabschlüssen, bei Selbständigen, Landwirten und Rentnern sowie bei Katholiken und Kirchgängern. Überdurchschnittliche Zugewinne verzeichnet die CDU bei den 30- bis 44-jährigen Frauen (+7,6 Punkte; Forschungsgruppe Wahlen).

Die SPD erzielt ebenfalls unter den Wählern mit niedrigen Bildungsabschlüssen überdurchschnittliche Ergebnisse. Zudem schneidet sie besonders gut bei Rentnern und Gewerkschaftsmitgliedern ab. Besonders hohe Zugewinne kann die SPD bei den über 60-jährigen Männern verbuchen (+12 Punkte, Forschungsgruppe Wahlen; +10 Punkte Infratest dimap).

Die Grünen werden einmal mehr überdurchschnittlich häufig von den höher gebildeten Wählern gewählt. Zudem können sie unter Beamten überdurchschnittliche Stimmenanteile erzielen. Unterdurchschnittlich schneiden sie in der Gruppe der über 60-Jährigen ab. In den jüngeren und mittleren Altersgruppen (18-44 Jahre) schneiden die Grünen etwa durchschnittlich ab, müssen aber stärkere Verluste von um die 6 Prozentpunkte hinnehmen. Bei den Frauen mittleren Alters liegen die Verluste sogar bei etwa 9 (Forschungsgruppe Wahlen) bis 11 Punkten (Infratest dimap).

Die Linke ist einzig in der Gruppe der Arbeitslosen überdurchschnittlich erfolgreich.

---

<sup>4</sup> Abweichungen unter 5 Prozent sollten aufgrund der Fehlertoleranz der Wahltagsbefragungen nicht interpretiert werden.